



Brain Gain im Donauraum durch den Brexit?

FRIEDRICH FAULHAMMER

Mag. **Friedrich
Faulhammer**,
Rektor der Donau-Universität
Krems und Präsident der
Donaurektorenkonferenz
(Danube Rectors' Conference
- DRC).

Der für viele unerwartete Ausgang des Referendums über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union vom 23. Juni 2016 stellte eine bisher ungekannte Bruchlinie in der jüngeren Geschichte Europas dar. Auch über ein Jahr später sind die Folgen dieses historischen Ereignisses in letzter Konsequenz noch nicht absehbar, da viele offene Fragen bezüglich der (gemeinsamen) Zukunft Kontinentaleuropas und Großbritanniens unbeantwortet sind. Diese manifeste Unsicherheit betrifft in besonderem Maße auch die Universitäten und die europäische Forschungslandschaft, die durch die möglichen Auswirkungen des Brexits vor umfassenden Herausforderungen und notwendigen Veränderungsprozessen stehen könnten.

Wie es nach dem Brexit in hochschul- und wissenschaftspolitischen Agenden weitergeht, fragen sich aktuell wohl nicht nur die knapp 125.000 Studierenden und 34.000 WissenschaftlerInnen aus der Europäischen Union, die derzeit an britischen Universitäten studieren bzw. arbeiten. Werden die Studiengebühren künftig noch leistbar sein? Wird es genügend Fördermöglichkeiten geben, um ein Austauschsemester in Großbritannien zu absolvieren? Werden EU-ForscherInnen, die rund 16% des wissenschaftlichen Personals an britischen Universitäten stellen, sowie ihre Expertise auch in Zukunft an Forschungsinstitutionen in Großbritannien willkommen sein? Diese Fragen zeigen ansatzweise auf, wie stark die Forschungsräume verknüpft sind und wie tiefgreifend Umbrüche in diesem Bereich sein könnten.

Der europäische Wissenschaftsraum im Umbruch

Doch nicht nur individuelle Schicksale sind eng an den weiteren Verlauf der Brexit-Verhandlungen geknüpft – auch der europäische Wissenschaftsraum in seiner Gesamtheit steht durch den Austritt des zweitwichtigsten Forschungslandes der EU mit seinen renommierten Institutionen wie Oxford oder Cambridge vor neuen Herausforderungen. Einige Zahlen aus einer Studie der WU Wien und von FAS research mögen dies verdeutlichen: Etwa 15% der EU-Mittel zur Forschungsförderung entfielen bislang auf Großbritannien, und britische Akteure sind an ca. 40% der EU-Forschung beteiligt. Auch hinsichtlich der Bedeutung für Österreich spielt die britische Forschung eine gewichtige Rolle, denn in mehr als der Hälfte aller EU-Forschungsprojekte, an denen österreichische Institutionen mitwirken, sind auch Partner aus Großbritannien involviert. Diese Zahlen zeigen die Auswirkungen des Brexits in der Wissenslandschaft Europas bzw. Österreichs und verdeutlichen die Notwendigkeit von strategischen sowie politischen Maßnahmen.

Die primäre Prämisse sollte bei den aktuellen Verhandlungen über den EU-Austritt Großbritanniens demnach sein, dass sich die durch den Brexit veränderten Rahmenbedingungen nicht zu einem Hindernis in dem vitalen Wissensaustausch entwickeln dürfen, der zwischen Kontinentaleuropa und Großbritannien in den letzten Jahrzehnten zu beobachten ist. Gleichzeitig erscheint es aber durchaus angebracht, den Brexit als Anlassfall wahrzunehmen, um intensiver über die Attraktivität des Wissenschaftsakteurs EU, der Donauregion sowie der Rolle Österreichs nachzudenken. Denn so reiz-

voll die Vorstellung einer grenzenlosen »Res Publica Literaria« im Sinne der Aufklärung auch ist, so herrscht doch global gesehen eine realpolitische Konkurrenz um die klügsten Köpfe, Technologien und Ideen. Ausgehend von diesen Überlegungen bedarf es gerade vor dem Hintergrund des Brexits wissenschaftspolitischer Impulse sowohl auf europäischer als auch auf regionaler Ebene. Im Folgenden seien einige mögliche Strategien aus österreichischer Perspektive skizziert.

Wissenschaftsstandort EU / Österreich

Aufgrund der durch den Brexit ausgelösten Dynamiken gewinnt die Standortfrage gerade für international agierende Unternehmen in Großbritannien derzeit an Aktualität. In den letzten Monaten gab es bereits einige Schwerpunktverlagerungen von großen Konzernen in andere Länder, von denen auch Österreich profitierte. So verlegte – um nur ein Beispiel zu nennen – die Fluglinie EasyJet Teile ihrer Geschäftsaktivitäten nach Wien. Weitere internationale Institutionen stehen mit Ansiedlungsplänen aktuell in Diskussion. In diesem Zusammenhang spielen auch der tertiäre Bildungsbereich und Forschungsinstitutionen eine wichtige Rolle, gehören diese doch zu den wesentlichsten ökonomischen Standortfaktoren eines Landes. In vielen Bereichen agieren österreichische Universitäten in diesem Kontext bereits vorbildlich, doch bedarf es konzentrierter und verstärkter Anstrengungen, um bestens auf die möglichen Brexit-Szenarien vorbereitet zu sein. Ein wichtiger Punkt ist dabei, die Attraktivität des Wissenschaftsstandortes Österreich auch aus Sicht der ForscherInnen neu zu überdenken. Gerade was UniversitätsmitarbeiterInnen betrifft, ist der Export aus Österreich höher als die Anzahl an WissenschaftlerInnen aus anderen Ländern, die an hiesigen Hochschulen tätig sind. Die Unsicherheit, die der Brexit gerade erzeugt, wird manche/n ForscherIn nach einer neuen Wirkungsstätte suchen lassen, was sich für Wissenschaftsstandorte wie Österreich als große Chance erweisen könnte.

Eine unlängst veröffentlichte Studie des WIFO zu den Themen Wissenschaft, Technologie, Innovationen und Wirtschaft empfiehlt in diesem Kontext vor allem, die Rahmenbedingungen in Forschung und Lehre an österreichischen Universitäten nachhaltig zu verbessern. Denn diese bilden einen wichtigen Vergleichsmaßstab in der Wissenschaftslandschaft Österreichs und verfügen über eine hohe Anziehungskraft für ausländische ForscherInnen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer Reihe von Maßnahmen, zu denen die gezielte Finanzierung von qualitativ hochwertigen Forschungsprojekten, attraktive Karriereverlaufsmodelle, effiziente und serviceorientierte Organisationsstrukturen sowie der Ausbau von Fördermöglichkeiten für NachwuchswissenschaftlerInnen wie z.B. strukturierte Promotionsprogramme gehören. Darüber hinaus muss die Anzahl der Studienplätze in Relation zu den Studierenden gebracht werden, was sowohl die Drop-out-Rate vermindern als auch Ressourcen in die Forschung umleiten würde.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen würde ein produktives Umfeld für WissenschaftlerInnen schaffen, was wiederum das Innovationspotenzial und die Attraktivität des Standortes Österreich erhöhen würde. Dies wiederum schafft Anreize für Unternehmen, die angesichts der ungewissen Zukunft in Großbritannien eine mögliche Verlagerung ihrer Tätigkeiten in andere Länder erwägen.

In diesem Kontext ist auch der Faktor der wissenschaftlichen Weiterbildung zu erwähnen, der einen ebenso bedeutenden Standortfaktor darstellt. Während das Regelstudium an Universitäten zum festen Kanon politischer und öffentlicher Diskussionen zählt, wird die universitäre Weiterbildung nur selten thematisiert, obwohl die ökonomische und gesellschaftliche Bedeutung von (beruflicher) Weiterbildung im Allgemeinen unbestritten ist. Denn angesichts der rasanten technischen und sozialen Veränderungen

ist lebensbegleitendes Lernen schon lange kein geistiges Luxusgut mehr, sondern schlicht und ergreifend eine Notwendigkeit geworden. Vor diesem Hintergrund ist der Ausbau der universitären Weiterbildung in Österreich und in Europa als eine der wichtigsten wissenschaftspolitischen Aufgaben zu nennen.

Ausbau europäischer Forschungsnetzwerke

Der Brexit könnte als Anlassfall oder sogar als Chance dienen, um alternative europäische Forschungsnetzwerke auszubauen respektive bestehende zu stärken. In besonderem Maße sei hier auf den Donauroum verwiesen, der durch die EU-Strategie für den Donauroum (EUSDR) ohnehin eine gewisse Aufmerksamkeit genießt. Zahlreiche Kooperationen und länderübergreifende Forschungsprojekte haben in den vergangenen Jahren gezeigt, wie dynamisch dieser Forschungsraum ist und welch großes Potenzial ihm innewohnt. Exemplarisch möchte ich an dieser Stelle das EU-Flaggschiff-Projekt DANUBE:FUTURE nennen, das durch zahlreiche Aktivitäten ForscherInnen aus dem gesamten Donauroum zusammenbringt, um unter anderem an – unter Berücksichtigung ökonomischer, sozialer und ökologischer Gesichtspunkte – nachhaltigen Entwicklungsperspektiven für die Region zu arbeiten. Erst vor kurzem hatte beispielsweise die Donau-Universität Krems in diesem Kontext die Gelegenheit, Gastgeberin der DANUBE:FUTURE Interdisciplinary School zu sein, bei der 25 NachwuchswissenschaftlerInnen aus den unterschiedlichsten Ländern gemeinsame Lösungsstrategien für globale Herausforderungen in der Donauregion diskutierten. Gerade dieser grenzüberschreitende wissenschaftliche Austausch, sowohl für Studierende als auch für ForscherInnen, sollte konsequent weiter ausgebaut und etwaige Hindernisse überwunden werden. Insbesondere die adäquate budgetäre Ausstattung von Forschungsprojekten und die Förderung der Mobilität, beispielsweise durch Stipendien, müssen dabei an erster Stelle stehen.

Herausfordernd ist der Brexit insofern, als die Wissenschaftslandschaft Europas durch den Austritt eines ihrer wichtigsten Wissenschaftsplayers verstärkt dynamischeren Veränderungsprozessen ausgesetzt sein könnte. Dies betrifft nicht nur Forschungs Kooperationen und deren Finanzierung, sondern auch die Zukunft von in Großbritannien arbeitenden ForscherInnen aus der EU. Gleichzeitig impliziert der Brexit für manche Staaten und Regionen auch Chancen. Die vorherrschende Verunsicherung bei Studierenden und WissenschaftlerInnen, aber auch Unternehmen könnten die Europäische Union bzw. einzelne Länder wie Österreich nutzen, um dieses Kapital durch die Erhöhung der Attraktivität des (Wissenschafts-)Standortes an sich zu binden.

PS

Handlungsempfehlungen für eine EU-Wissenschaftspolitik nach dem Brexit:

1. In erster Linie sollten die Bemühungen der Europäischen Union darauf abzielen, den sich über Jahrzehnte herausgebildeten Wissensraum Europa, der Großbritannien selbstverständlich miteinschließt, trotz veränderter Umstände zu erhalten und weiter auszubauen. Im Zuge der Brexit-Verhandlungen sollte das Augenmerk darauf gelegt werden, die Zusammenarbeit von WissenschaftlerInnen, ForscherInnen und Studierenden in der EU und Großbritannien zu erhalten, um den wissenschaftlichen Austausch zu fördern. Wesentlich ist dafür – neben finanziellen Aspekten – insbesondere auch ein daran angepasstes Aufenthaltsrecht für WissenschaftlerInnen sowie die Fortsetzung von Mobilitätsprogrammen.

2. Gleichzeitig muss daran gearbeitet werden, den europäischen Wissenschaftsraum konsequent noch attraktiver zu gestalten. Dies sollte einerseits auf nationaler Ebene und andererseits auf Ebene der Europäischen Union erfolgen. Auf EU-Ebene wären entsprechende Instrumente der Forschungs- und Mobilitätsförderung zu stärken und bestehende finanziell abzusichern.
3. Ein erfolgversprechender Weg wäre die sukzessive Weiterentwicklung von alternativen Wissenschaftsräumen innerhalb der EU wie beispielsweise der Donauregion. Hier muss es darum gehen, den grenzüberschreitenden wissenschaftlichen Austausch auszubauen und auf nationaler wie auch europäischer Ebene darauf abgestimmte Förderungsinstrumente weiterzuentwickeln. Um bestehende Kooperationsnetzwerke wie beispielsweise die 63 Universitäten in der Donauregion umfassende Danube Rectors' Conference (DRC) langfristig zu festigen, sollte auch hier eine adäquate budgetäre Ausstattung erreicht werden, um Forschungsprojekte zu initiieren und die Mobilität der ForscherInnen zu fördern.
4. Auf nationaler Ebene müssen Anstrengungen unternommen werden, die Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre an den österreichischen Universitäten zu verbessern, um ausländische Top-ForscherInnen zu attrahieren. Dafür ist ein Bündel an Maßnahmen erforderlich, darunter der Ausbau von Fördermöglichkeiten für NachwuchswissenschaftlerInnen, die gezielte Finanzierung von qualitativ hochwertigen Forschungsprojekten sowie attraktivere Karriereverlaufsmodelle. Auch die Organisationsstrukturen an den Universitäten müssen im Hinblick auf ihre Effizienz und Serviceorientierung hinterfragt werden. Um in der Lehre Verbesserungen zu erreichen und mit Ressourcen in der Forschung besser verschränken zu können, wäre die Anzahl der Studienplätze mit jener der Studierenden in Relation zu bringen.
5. Einen wesentlichen Standortfaktor stellt auch der Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung dar. Angesichts der rasanten technischen und sozialen Veränderungen ist lebensbegleitendes Lernen zur gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeit geworden. Der Ausbau der universitären Weiterbildung in Österreich und in Europa – auf der Basis exzellenter Forschung und unter Einhaltung höchster Qualitätsstandards – gehört aktuell daher wohl zu einer der wichtigsten wissenschaftspolitischen Agenden.

PPS

Danube:Future-Projekt: <https://www.danubefuture.eu>

Zitierte Zahlen und Befunde im Text sind aus folgenden Publikationen entnommen: Jürgen Janger, Agnes Kügler, Andreas Reinstaller, Fabian Unterlass: Österreich 2015 – Die »Frontier« in Wissenschaft, Technologie, Innovationen und Wirtschaft. Messung und Bestimmungsfaktoren, in: WIFO-Monatsberichte 90 (2017) 2, pp. 141-151.

FAS research, WU Wien: Wie wirkt sich der Brexit auf die Forschungsnetzwerke Europas und Österreichs aus? Ergebnisse einer Netzwerk-Analyse von FAS research und WU Wien, 2016: <http://www.fas-research.com/wp-content/uploads/FAS437-AuswirkungdesBrexitaufEuropaund%20%C3%96sterreich-o82016.pdf>

Redaktion:

Dr. Erhard Busek
Mag. Annette Höslinger-Finck
Dr. Silvia Nadjivan
Mag. Sebastian Schäffer, MA

Institut für den Donauraum
und Mitteleuropa (IDM)

A-1090 Wien
Hahngasse 6/1/24
Tel.: +43 1 319 72 58
Fax: +43 1 319 72 58-4
idm@idm.at
www.idm.at

Diese und weitere Ausgaben der IDM Policy Paper Series stehen unter www.idm.at/publikationen/idmpps zum Download bereit.